

**W-1 Nach den Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen:
Antifa in die Offensive!**

Gremium: Bundesvorstand, Landesvorstand
Brandenburg, Landesvorstand Sachsen,
Landesvorstand Thüringen
Beschlussdatum: 30.10.2019
Tagesordnungspunkt: W – Wahlnachlese

Antragstext

1 23,4 – 23,5 – 27,5 – Das sind die Ergebnisse der AfD bei den vergangenen
2 Landtagswahlen in Thüringen, Brandenburg und Sachsen. Der gesellschaftliche
3 Rechtsruck manifestiert sich für die nächsten 5 Jahre in 3 Landesparlamenten.
4 Das war zwar zu erwarten, nichtsdestotrotz muss das das allerletzte Warnsignal
5 sein, radikal umzusteuern.

6 Bei den Landtagswahlen war zu beobachten, dass sich an vielen Stellen der
7 Zweikampf „AfD gegen die stärkste demokratische Partei“ kristallisierte, völlig
8 unabhängig davon, welche Partei die stärkste demokratische Partei war. Es ist
9 gut, dass die AfD nirgendwo stärkste Kraft geworden ist, wie es ihr Ziel war,
10 was letztlich aber auch auf Kosten des Ergebnis von Bündnis 90/Die Grünen ging.

11 Vor allem in Thüringen ist das Ergebnis bitter. Aber auch in Sachsen und
12 Brandenburg ist die Lage nicht viel rosiger. Das grüne Ergebnis in diesen beiden
13 Ländern ist zwar das beste, das wir in den neuen Bundesländern je hatten, aber
14 es zeigt: Wir haben noch sehr viel Arbeit vor uns, denn die progressive Linke
15 ist zumindest in diesen Ländern noch nicht in der Breite der Gesellschaft
16 angekommen, was sich auch daran zeigt, dass Linke, SPD und Bündnis 90/Die Grünen
17 in Sachsen zusammen weniger Stimmen erhalten haben als die AfD allein.

18 Doch es gibt auch einige positive Lichtblicke, die wir nicht unterschätzen
19 sollten. Die Grünen haben ihre ersten Direktmandate in den neuen Bundesländern
20 überhaupt geholt und viele GJ-Aktivist*innen aus ganz Deutschland waren
21 unterwegs, um gemeinsam für ein gutes Ergebnis zu kämpfen. Diese
22 innerverbandliche Solidarität ist notwendig und muss auch in Zukunft gepflegt
23 werden.

24 Unsere Demokratie ist in Gefahr - machen wir sie stärker!

25 Nun erwarten uns schwierige Koalitionsverhandlungen und schwierige
26 Koalitionsjahre. Denn die Stärke der AfD und die an vielen Stellen herrschende
27 Ablehnung der Linkspartei durch die CDU, sorgen rein rechnerisch für ein oft
28 großes Maß an vermeintlicher Alternativlosigkeit.

29 In Brandenburg haben SPD und Grüne es verpasst, ein progressives Bündnis mit der
30 Linkspartei zu schließen und vor allem die SPD scheint lieber den Stillstand mit
31 der CDU verwalten zu wollen.

32 In Sachsen bildet sich ebenfalls ein Bündnis mit der SPD und der CDU heraus und
33 dies schlicht, weil sich unter den gegebenen Voraussetzungen keine andere
34 Koalition bilden lässt.

35 Noch schwieriger sieht es in Thüringen aus. Noch ist völlig offen, ob und wie
36 eine Koalition zustande kommen kann. Ein „Nein“ der FDP und der CDU zur
37 Linkspartei oder sogar eine mögliche Koalition mit der AfD, wie in Teilen der
38 CDU gefordert, ist für unsere Demokratie schlicht unverantwortlich. Insbesondere
39 die Thüringer AfD ist eine faschistische Partei und wer mit ihr reden will, kann
40 keine Koalitionspartnerin von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sein.

41 Eine Regierungsbeteiligung der AfD wäre ein entscheidender Kipppunkt für die
42 Institutionalisierung des Faschismus. Das dürfen wir nicht zulassen. Um keinen
43 Preis.

44 Und nun? - Linke Mehrheiten erkämpfen – Für das schöne Leben für alle!

45 Die Ergebnisse zeigen uns, dass es notwendig ist, die Bündnisgrünen auch
46 weiterhin so stark wie möglich zu machen, da Thüringen erneut gezeigt hat, dass
47 eine bündnisgrüne Fraktion im Landtag leider immer noch keine
48 Selbstverständlichkeit ist.

49 Wir werden intern und extern auch weiterhin klar machen, dass der Rechtsruck nur
50 mit progressiven Mehrheiten, insbesondere mit der SPD und der Linkspartei zu
51 bekämpfen ist. Deswegen müssen wir auch weiterhin mit Jusos und der Linksjugend
52 darauf hinwirken, dass linke, progressive Perspektiven in der Partei Gehör
53 finden und sich die Parteien klar zur antifaschistischen Aktion bekennen.

54 Weiter bedeuten Demokratieförderung und eine klare Kante gegen Rechtsaußen auch
55 immer Gendergerechtigkeit und Frauenförderung. Feminismus und Antifaschismus
56 gehören zusammen!

57 Es mangelt allerdings auch an einer schlagkräftigen, handlungsfähigen
58 Organisation antifaschistischer Strukturen auf Bundesebene. Selbst die
59 Finanzierung gut funktionierender, demokratiefördernder Projekte ist von der

60 Gunst der Regierung abhängig und wird immer wieder gekürzt.

61 Wir müssen antifaschistische Bündnisse mit Perspektive aufbauen und gleichzeitig
62 Bündnisse zu anderen wesentlichen Themen stärken. Da wir für eine
63 gesamtgesellschaftliche Veränderung kämpfen, müssen wir auch unsere Antworten
64 auf die wesentlichen Fragen mehrheitsfähig machen. Dabei geht es insbesondere
65 auch darum, jungen Menschen endlich eine Stimme zu geben. Unsere Parlamente sind
66 weiterhin massiv überaltert und überproportional männlich - das muss sich
67 ändern.

68 Wir wissen noch nicht, wie unsere Zukunft aussieht. Aber wir werden nicht
69 einfach zusehen, sondern mit aller Kraft für das schöne Leben kämpfen.

Begründung

erfolgt mündlich